



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

"... auf der Suche nach festem Boden"

Blömeke, Sigrid

Münster [u.a.], 1999

II.1 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

urn:nbn:de:hbz:466:1-39856

II. LehrerInnenausbildung in der Provinz Westfalen 1945/46

II.1 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Der 8. Mai 1945 brachte mit der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg auch für die Provinz Westfalen das Ende des Nationalsozialismus. Die Regierungsgewalt ging auf die alliierten Militärbehörden über. Nach der Festlegung der Besatzungszonen vom September 1944 sollte die Provinz Westfalen Teil des britischen Besatzungsgebiets werden; am Tag der Kapitulation standen jedoch noch amerikanische Truppen in den drei Regierungsbezirken Arnsberg (im Süden der Provinz), Minden (im Osten) und Münster (im Norden). Extreme Wanderungsbewegungen, materielle Not, politische Apathie der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und eine starke Stellung der Kirchen kennzeichneten die widersprüchliche Situation, in der die britische Militärregierung von den Amerikanern Ende Mai 1945 die Verwaltung der Provinz Westfalen übernahm.

Um die Maßnahmen zu verstehen, die die Briten zum Wiederaufbau der Provinz ergriffen, ist es wichtig, einen Blick auf die ökonomische und politische Situation Großbritanniens zu dieser Zeit zu werfen: Die einstige Großmacht war durch den Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich „nahezu ruiniert“ (Foschepoth 1985, S. 65). Der Schuldenstand war immens, während das Ausfuhrvolumen stagnierte und sich eine starke Importabhängigkeit herausgebildet hatte. Die Folge war einerseits eine „ökonomische Abhängigkeit Großbritanniens von den USA“ (Huster u.a. 1977, S. 44), andererseits war der eigene wirtschaftliche Wiederaufstieg nur denkbar im Austausch mit einem wirtschaftlich florierenden Kontinentaleuropa, in dessen Zentrum sich Deutschland befand und dem so als Handelspartner und Exportmarkt eine bedeutende Rolle zugeordnet wurde. Auch konnte es sich Großbritannien nicht leisten, eine wirtschaftlich geschwächte Besatzungszone mitzuversorgen; immerhin entsprach die britische Zone mit ihren 23 Millionen EinwohnerInnen der Hälfte der britischen Bevölkerung (vgl. Thies 1979, S. 30). Die Konsequenz aus diesen Erfordernissen konnte nur der schnellstmögliche Wiederaufbau zumindest der westdeutschen Wirtschaft sein – unter Ausschaltung der industriellen Bereiche, die für die britische Wirtschaft eine zu starke Konkurrenz waren (vgl. Först 1986, S. 21).

Den ökonomischen Notwendigkeiten gegenüber stand das politische und militärische Sicherheitsinteresse Großbritanniens. In der konservativen Regierung hatte die Vansittartistische Faschismustheorie Einfluß, die als Ursache der deutschen Aggression einen krankhaften „Nationalcharakter“ ansah, aufgrund dessen der Nationalsozialismus zwangsläufig habe kommen müssen:

„Als Kulminationspunkt einer fast zweitausendjährigen Geschichte wurde er als Produkt einer negativen Entwicklungsreihe gesehen.“ (Watt 1979, S. 19)

Diese deutsche Tradition sei nur zu brechen durch harte Bestrafung der Deutschen und einen Abbau weiter Teile ihrer Wirtschaft. Eine solche sozialpathologische Sichtweise ließ wichtige Ursachen des Nationalsozialismus verdeckt. Das änderte sich auch mit der Ablösung des konservativen Premiers Churchill durch Clement Attlee im Juli 1945 nicht grundlegend, da auch in der Labour-Partei eine starke Neigung zu den Thesen Vansittarts vorhanden war (vgl. Himmelstein 1986, S. 25).

Zwischen diesen beiden Polen – kontrollierter Wiederaufbau und Destruktion des deutschen Potentials – bewegte sich die Politik der britischen Militärregierung, wobei sich feststellen läßt, daß während des Krieges und in den ersten Monaten der Besatzungszeit der sicherheitspolitische Aspekt und das Moment der Bestrafung stärkere Berücksichtigung fanden, während ab dem Jahr 1946 das ökonomische Interesse Großbritanniens im Vordergrund stand – gepaart mit einer massiven antikommunistischen Tendenz, vertreten vor allem durch Außenminister Bevin und das Foreign Office.

Erste Maßnahme der britischen Militärregierung in der Provinz Westfalen war der Aufbau eines Verwaltungsapparates auf Kreis- und Provinzebene mit den Regierungsbezirken als Mittelinstanz. Verbunden war damit eine strenge Kontrolle aller deutschen Handlungen. Dieses Vorgehen war eine Folge des sicherheitspolitischen Denkens der Briten, der Sorge vor dem unberechenbaren Charakter der Deutschen, hatte aber auch zur Folge, daß sich der hierarchische deutsche Verwaltungsaufbau restaurierte (vgl. Halbritter 1979, S. 18f.) und entnazifizierende Reformen, die auch im Potsdamer Abkommen gefordert worden waren, auf der Ebene der Administration kaum zustande kamen.

Chef der westfälischen Provinzial-Militärregierung, des Detachment Nr. 307/8, das auch noch die Länder Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe umfaßte, wurde Brigadier Ledigham, der bereits Anfang September 1945 von Brigadier Chadwick abgelöst wurde (vgl. Hüttenberger 1973, S. 38). Entsprechend der zonalen Kontrollkommission unterteilte Ledigham die Provinzial-Militärregierung in zwölf Abteilungen, deren Führungspositionen im wesentlichen mit konservativen Offizieren besetzt wurden (vgl. ebd., S. 40f.). Die Labour-Regierung übernahm diese nach ihrem Machtantritt ohne personelle Veränderungen. Die Briten gaben der Provinz Westfalen zunächst den Status eines Landes mit dem Oberpräsidium als Verwaltungsspitze (vgl. Jürgensen 1997, S. 24). Das Selbstverständnis der Militärregierung wird deutlich in einer Anweisung vom 4. Mai 1945:

„Die Militärregierung wird die deutsche Verwaltungsmaschinerie kontrollieren, aber sie wird sie nicht betreiben.“ (zit. nach Keinemann 1981, S. I)

Auf der Suche nach einem Oberpräsidenten ließen sich die Briten vor allem von der katholischen Kirche beraten, so daß schließlich drei bekannte Politiker des Zentrums aus der Weimarer Republik zur Auswahl standen. Auf Empfehlung des Bischofs von Münster, Graf von Galen, wurde Rudolf Amelunxen am 5.

Juli 1945 zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt. Amelunxen, 1888 geboren – also wie so viele Verwaltungsbeamte, auf die 1945 zurückgegriffen werden mußte, fast 60 Jahre alt –, war 1926 zum Regierungspräsidenten von Münster ernannt worden, 1932 jedoch von dem aus dem rechten Flügel des Katholizismus kommenden Reichskanzler von Papen entlassen worden (vgl. ebd., S. IX). Bischof Graf von Galen war auch maßgeblich an der – zunächst kommissarischen – Ernennung der Regierungspräsidenten von Minden, Dr. Paul Zenz, und Münster, Hans Hackethal, beteiligt (vgl. Hüttenberger 1973, S. 173). Die Berufung des Arnsberger Regierungspräsidenten, Fritz Fries, geschah auf Vorschlag der evangelischen Kirche. Fries war als Regierungspräsident in Westfalen einziger Sozialdemokrat, gehörte jedoch – wie beispielsweise der Oberpräsident der Provinz Hannover, Adolf Grimme, oder der stellvertretende Generalreferent für Kultus der Provinz Westfalen, Otto Koch – zu den religiös motivierten Sozialisten. Alle drei Regierungspräsidenten waren bereits Verwaltungsbeamte in der Weimarer Republik gewesen.

Der Verwaltungsaufbau des Oberpräsidiums gestaltete sich schwierig, da diese Ebene vorher nur Aufsichtsfunktion hatte, der Apparat also stark ausgeweitet werden mußte. Zudem hatte die Militärregierung am 6. Juli 1945 die strenge Anweisung erlassen:

„Kein Nazi oder Naziparteigänger – d.h. mit den Nazis stark Sympathisierender – erhält die Erlaubnis, irgendeine beamtete Stellung einzunehmen.“ (zit. nach Keinemann 1981, S. 2)

Abgesehen von diesen personellen Einschränkungen konnte Amelunxen relativ frei agieren, weder blockierte die Militärregierung seine Vorstellungen, noch mußte er sich vor einem gewählten Parlament rechtfertigen. Weil sich die Parteien noch im Aufbau befanden, ernannte die Militärregierung Abgeordnete für „nominated councils“ auf Provinz- und Länderebene (vgl. Jürgensen 1997, S. 24).

Der Oberpräsident ging in seinen Stellenbesetzungen nach dem Modell der „Weimarer Koalition“ vor, wie sie bis 1932 in Preußen regiert hatte (vgl. Keinemann 1981, S. XXI). Insgesamt läßt sich feststellen, daß das Personal der westfälischen Provinzialverwaltung in bezug auf die NS-Vergangenheit durch die Briten strenger kontrolliert wurde, als es beispielsweise die Amerikaner in der Nord-Rheinprovinz taten (vgl. Först 1986, S. 19). Auch berücksichtigte Amelunxen bei der Besetzung der Stellen reformkatholische Kreise und christlich motivierte SozialdemokratInnen, während der Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Fuchs, diese unbeachtet ließ. Ein solches Vorgehen entsprach Amelunxens scharfer Verurteilung der NS-Herrschaft und seiner Wertschätzung des Widerstands (vgl. Steinbach/Tuchel 1994).

Mit der Verordnung Nr. 46 wurden in der britischen Zone am 23. August 1946 vier Länder gebildet, eins davon war Nordrhein-Westfalen. Diese Entscheidung war einen Monat zuvor der Öffentlichkeit bekannt gegeben worden.

Sie lag „ausschließlich in britischer Verantwortung“ und „war nicht unumstritten“ (Jürgensen 1997, S. 25). Auf deutscher Seite hatten sich vor allem führende Vertreter der Nord-Rheinprovinz sowie die gesamte Industrie für ein solches Land ausgesprochen, dagegen hatte man im Oberpräsidium der Provinz Westfalen bis zuletzt auf ein eigenständiges Land Westfalen gehofft (vgl. Keinemann 1981, S. XXXVI). Die Oberpräsidien der beiden Provinzen blieben noch acht Wochen bestehen, bis sie am 20. Oktober 1946 aufgelöst wurden und ihre Aufgaben auf die neue nordrhein-westfälische Landesregierung übergingen. Zum 1. Januar 1947 trat die Direktive Nr. 54 in Kraft. Sie beinhaltete, daß die Briten sich in fast allen administrativen Bereichen ihrer Kontrollfunktion entledigten und die Verantwortung an deutsche Stellen übergaben. Nur in einigen wenigen Angelegenheiten behielten sie sich noch ein Vetorecht vor. Die erste Wahl zum Landesparlament fand am 20. April 1947 statt.

II.2 Für die Provinz Westfalen wichtige konzeptionelle Vorstellungen zur Bildungspolitik und zur LehrerInnenausbildung

II.2.1 Die britische Re-education-Konzeption

Bei der Untersuchung der nach dem Ende des NS-Regimes für die Provinz Westfalen wichtigen Konzepte zur Bildungspolitik und LehrerInnenausbildung müssen die britischen Vorstellungen und die vorherrschenden deutschen Konzepte berücksichtigt werden. Für die britische Regierung nahm die politische „Re-education“ der Deutschen einen zentralen Stellenwert ein, daher widmete die Militärregierung dem Bildungssystem auch hohe Aufmerksamkeit, „not only because of the large number of people affected and the comparative ease with which they could be reached in their schools and colleges but because most of them were in their most impressionable years“ (Murray 1978a, S. 70). Die britischen Vorstellungen darüber, mit welchem Ziel eine Umerziehung stattfinden und wie sie angelegt werden sollte, waren wesentlich beeinflusst vom Stand der eigenen bildungspolitischen Diskussion, der 1944 in dem „Education Act“ sichtbar geworden war, aber auch von der schon erwähnten Vansittartistischen Faschismustheorie. Vansittart ging davon aus, daß der „krankhafte Nationalcharakter“ der Deutschen „ein Resultat falscher Erziehung“ (Pakschies 1984, S. 33) sei. Von daher ergebe sich die „Notwendigkeit der Re-education“ (ebd., S. 41), die vor allem in der Schule geleistet werden sollte. In diesem Prozeß spielten nach dem Verständnis der Briten die Lehrpersonen eine wichtige Rolle, auf deren gute Ausbildung daher besonderer Wert gelegt wurde.